

der GHETTO Knacker

*Zeitung gegen Ausgliederung
und Isolation Behinderter*

DM 2,-

Nr. 6/198



warum
getrennt?

der Ghetto Knacker

Zeitung gegen Ausgliederung und Isolation Behinderteter
DIN 2.-
6 / 1982



ANSCHRIFT: NAUKLERSTR. 20
7400 TÜBINGEN

Herausgeber und Redaktion:
Redaktionskollektiv
GHETTOKnacker

Bärbel Jordan, Monika Müller, Rosi Dehne, Perdita Gschwandter, Ingrid Manz, Hajo Weis-schuh, Helmut Kemmer, Michael Knödler, Michael Klemm, Klaus Bertsch, Werner Schneider, Rainer Schindler, Jörg Herrmann, Wolfgang Kern, Ursel Wurster
V.i.S.d.P.: H. Kemmer
Laubeweg 1,7 Stgt. 80

Rechtsträger:
Freizeitverein für Be-hinderte und ihre Freun-de e.V.

Freie Mitarbeiter:
Christine Glögler

Titelbild: Werner Schneider

Karikaturen: derselbe u. a. Redakteuren, dazu "ge-liehen" von:
Karikatoon 82, Sepp Buch-egger

Auflage: 1500
erscheint 4 mal jährl.
Druck: Fantasia Stuttg.

KONTO: NR. 7877 315 BEI DER LANDESGIROKASSE STUTT GART
EMPFÄNGER: FREIZEITVEREIN FÜR BEHINDERTE U. IHRE FREUNDE
- SONDERKONTO- NAUKLERSTR. 20 74 TUBINGEN

IN EIGENER SACHE

Liebe Eltern, liebe Kinder! 3

LESERBRIEFE

Solidarische Grüße von H. Paul 4

SCHWERPUNKTTHEMA

Da blickt ja keiner mehr durch 5

Die Leiterin eines Sonderkindergarten fragt:
"Wie weit sind wir gekommen..." 6

GK - Interview: Es geht auch anders 8

7 Tips des GK an die Eltern behinderter Kinder 11

Sparmaßnahmen im Regelkindergarten 12

Resolution
Empfehlung der Konferenz Diak. Behindertenhilfe 13

AUS CLUBS UND INITIATIVEN

Unterschriftenaktion der Integrations - AG Reutl. 14

Fotoausstellung in Tübingen 15

Erfolg der Protestaktion 16

Münchner VIF - Kongress 18

Unser Kommentar 20

BEHINDERTENRECHT

Das kostet das Wohnen "Draußen" 21

AUS INSTITUTIONEN UND VERBÄNDEN

Eine Geschichte aus Rappertshofen 22

Die Kehle zugeschnürt 23

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Ein weiteres GHETTO zu knacken - Thiepval. 24

AKTIONEN

Bekennerbrief von der Schwäbischen Alb 26

AUSLAND

Italien: Rückkehr des Irrenhauses 28

KULTUR

Buchtips 30

Liebe Eltern - und alle, die es einmal werden wollen; Liebe Kinder - und alle, die es einmal waren !

Mit diesem Heft seid besonders I h r angesprochen. Denn es geht um unsere Kleinsten, egal ob sie behindert sind oder nicht. Genauer: Es geht um die Kleinkinder bis 6/7 Jahre und ihre Situation in den Kindergärten. Und wir fanden heraus, daß sich diese Situation für a l l e Kinder gleichermaßen verschlechtert: größere Gruppen, weniger Erzieher, und für Behinderte schon vom frühen Kindesalter an Aussonderung und GHETTO-Situation.

Und natürlich wollen wir wieder nicht nur aufzeigen, wie schlecht es bestellt ist, sondern gleichzeitig Beispiele aufzeigen, wie und wo es besser gemacht wurde; und vor allem: wir wollen dazu anstiften, für alle Kinder das R e c h t auf N i c h t - A u s s o n d e r u n g zu fordern und durchzusetzen.

Noch etwas: Manche haben sich sicher gewundert, daß der GHETTOknacker bisher das Thema 'Sexualität' ausgeklammert hat. Wir haben dabei kein gutes Gefühl gehabt, aber wir wollten nicht Probleme aufzeigen oder Phrasen dreschen vom Recht jedes Menschen auf Sexualität, ohne auch Möglichkeiten aufzudecken zu können. Wir wissen, daß viele schwerbehinderte Menschen daran gehindert sind, ihre sexuellen Bedürfnisse zu leben. Wir füh-



len uns da ziemlich hilflos. Wir wollen uns jedoch der Frage stellen und uns damit intensiv auseinandersetzen. Wir würden gern von Euch etwas dazu hören: Über Eure Erfahrungen, ob im Zusammenhang mit Behinderung oder nicht; ob Ihr Lösungen wißt oder erfahren habt; etwas darüber, wie der GHETTOknacker Eurer Meinung nach mit diesem Thema umgehen könnte; was Ihr von uns erwartet.



Nun noch einige technische Hinweise:

- Wir haben ein A r c h i v angelegt, in dem wir Materialien, Zeitschriften, Berichte, Fotos usw. sammeln. Wenn Ihr interessante oder wichtige Sachen habt oder kriegen könnt, schickt sie uns doch bitte!
- A c h t u n g A b o n n e n t e n ! Neue Abo-Vertriebsadresse: "Der GHETTOknacker", Nauklerstr. 20, 7400 Tübingen
A l l e Post an diese Adresse!
- Wir suchen noch G H E T T O k n a c k e r - V e r k ä u f e r, vor allem in Heimen. Der GHETTOknacker wird dort noch zu wenig gelesen! Meldet Euch bei uns!

Weiter gilt unser **SONDERANGEBOT !**
 Einmalige Gelegenheit! 3 GHETTOknacker für nur 5.-DM!
 (einschließlich Porto)
 Also: Schnell 5-Mark-Schein in Umschlag - Absender nicht vergessen - fertig!

Liebe Genossen vom GHETTOknacker!

vor kurzem habe ich Eure Zeitung zufällig entdeckt. Ich finde, es ist ein gutes Projekt, wenn endlich die gesellschaftliche Spaltung der GHETTOISIERTEN durch eine Zeitung (das ist hoffentlich erst der Anfang!!) aufgehoben wird. Bei dem Artikel über die Taschengeldkürzung ist mir die Gemeinschaft mit meiner Situation als Asylbewerber im LAGER Thiepval aufgegangen. Deswegen möchte ich Euch ein Gedicht von mir schicken. Vielleicht könnt Ihr es auch in Eurer Zeitung veröffentlichen.

Meine Legitimation als Behinderter:

- Arbeitsverbot
- Aufenthaltsbeschränkung auf die Stadt Tübingen
- Mensaessen (aufgewärmt) da wir nicht in der Lage sind zu kochen, ohne gleich das ganze LAGER abzubrennen
- als DRITTE-WELT-FLOCHTLING (so werde ich hier bezeichnet, wenn man nicht gerade Wirtschaftsasylant zu mir sagt) bin ich stete davon betroffen, in ein anderes LAGER verlegt zu werden oder sogar in mein Verfolgerland zurückgeschickt zu werden
- Verbot, privates Inventar in den Gemeinschaftsräumen aufzustellen (wir dürfen die Gemeinschaftsräume nicht selber gestalten: einmal hat der Heimleiter unsere Wandzeitung "wegen Agitation" von den Stellwänden gerissen; andersmal hat er Asylbewerber mit Alkohol dazu "motiviert" unsere Zeitung zu zerfetzen)
- VERBOT JEDER POLITISCHEN TÄTIGKEIT !!
- nicht einmal Getränke dürfen wir selber zubereiten; auch die Sozialbetreuer gestehen uns keinen Teerraum in Selbstverwaltung zu
- usw. usw.

Ich hoffe, das genügt Euch !!

In solidarischem Gruß

HARI PAUL



Asylbewerber, geduldig auf seine Anerkennungsverfahren wartend

Hari Paul (EXIL im deutschen LAGER, Oktober 1981)

85 Deutsche Mark

Hier sind sie
ein paar Geldstücke in meiner Hand
Ich überleg
wie ich sie verwenden kann.

Soll ich
Brot mit ihnen kaufen
- oder Whisky?

Ich mag
das Feuer in meinem Bauch
löschen.

Soll ich
zu einer Prostituierten,
um dort für einige Augenblicke des Vergnügens
zu verweilen?

Kann man
in den Armen einer Frau
die Trauer dieser Welt
vergessen?

Der Sonnenschein dieser Welt ist zu dürftig,
als daß der blasser Schatten dieses Geldes
lange sichtbar wär.

Dann denk ich wieder,
ich müßte dieses Geld sparen
aber woher, frag ich mich,
soll ich die Kühnheit dazu herbringen?

So wie ich leben so viele
in dieser Welt - hungrig und nackt.
Für wieviele könnte ich Brot kaufen,
für wieviele könnte ich Kleidung kaufen
mit diesen Geldstücken?

Ich denke,
daß die Verlockungen nicht aufhören werden;
es sind nur wenige Münzen in meiner Hand.

Ich werde
dieses schöne Geld ins Wasser werfen
vorher laß ich es noch in der Luft tanzen.

Oder nein -
ich lege es
einem Bettler in seine dreckige Mütze
und vergeß es.

Vielen Dank für Deinen Brief, Hari! Wir fanden es so wichtig, was Du schreibst, daß wir noch einen ausführlicheren Artikel dazu gemacht haben, damit auch Leser, die noch nichts oder wenig davon gehört haben, besser Bescheid wissen.



Sonderkindergärten schießen wie Unkraut aus dem Boden. Auf welchem Boden dieses Unkraut gedeiht, will der GHETTOknacker aufzeigen; auch wie man es jäten kann - denn raus muß es! Diese Sonderkindergärten bedeuten schon im frühen Kindesalter Aussonderung und Klassifizierung; und damit wird der Lebensweg jedes Kindes entscheidend und unkorrigierbar bestimmt. Er wird bestimmt durch gesellschaftliche Normen und Strukturen, in denen der Mensch schon früh nach seiner späteren wirtschaftlichen Verwertbarkeit gesehen und sortiert wird. Und er wird bestimmt durch die Interessen der Institutionen und ihrer Träger.

Deshalb gilt unsere Kritik in erster Linie nicht einzelnen Erscheinungsformen, sondern geht weiter, hin zu unserem System, das diese Aussonderung bewirkt.

Wir fordern, daß sich unsere Kinder in ihrem sozialen Umfeld frei entfalten können, ohne schon mit Normen, Konkurrenz und dem Druck der Institutionen konfrontiert zu werden und Angst haben zu müssen, abgestempelt zu werden!!

Daher müssen wir auch für die Verbesserung der Regelkindergärten eintreten.



Die Leiterin eines Sonderkindergartens fragt:

Wie weit sind wir gekommen...

...wenn wir schon Kleinkinder abschieben und aussondern?

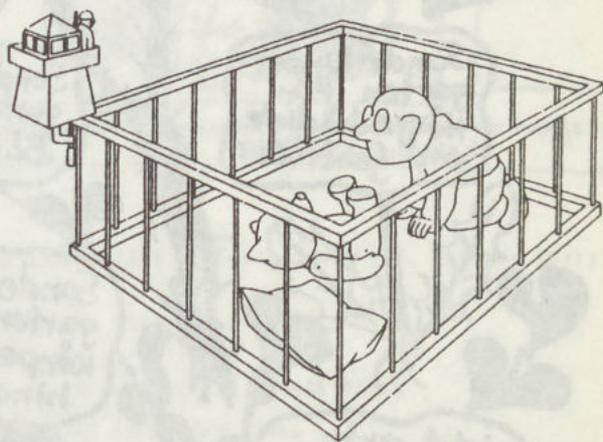
Zu meiner Person: Ich bin selbst Leiterin eines Sonderschulkindergartens für verhaltensauffällige, milieugeschädigte Kinder. Wir haben zur Zeit 2 Gruppen mit je 13 Kinder und einer Betreuungsperson.

Mein Ziel ist es, die Kinder, bzw. ihre Eltern in unsere Gesellschaft einzugliedern, d.h. zu integrieren. Dieses Integrieren bedeutet nicht gleichzeitig die Kinder fähig zu machen, daß sie in unserem System funktionieren, in unserem System, daß gerade die Ursache für die Verhaltensauffälligkeiten der Eltern/Kinder sind!

Es bedeutet für mich, daß aggressiven Kindern ein Weg gezeigt wird, mit ihren Aggressionen und Problemen auf eine gewaltfreie Art und Weise fertigzuwerden und vor allem sie nicht gegen sich selber, ihresgleichen und schwächeren richten. Es bedeutet weiterhin, daß behinderten Kindern der Weg gezeigt wird mit ihrer Behinderung zu leben; und bedeutet genauso, daß auch nichtbehinderte Kindern der Weg gezeigt wird, zusammen mit anderen (Ausländer, Behinderten) zu leben.

Diese Integration ist nicht möglich, solange es Sonderschulen, ja sogar Sonderkindergärten gibt. Zum einen ist bewiesen, daß sich gerade die Merkmale der Behinderung festigen, wenn darauf aufmerksam gemacht wird, wenn sie etikettiert werden. Als Beispiel: Die Sprachbehinderung eines Kindes prägt sich in solchem Kindergarten erst recht (als unnormal) ein.-Kinder unseres Kindergartens "dürfen" zerstörerisch aggressiv sein, weil dies das Merkmal für milieugeschädigte Kinder ist. Zum zweiten werden diese Kinder durch diese Aussonderung gleichzeitig abgestempelt, wovon sie nicht mehr loskommen. ("du bist doch von der Dubbelschule").

Es kann weiterhin auch keine Veränderung entstehen, solange die Kinder nichts anderes als diesen "Schonraum" erleben. Und dieser Schonraum wird gleichzeitig zum Ansteckungsherd für die Seuche, die sich Normierung und Unterdrückung nennt.



Denn gerade Kinder, die noch vorurteilsfrei und offen gegenüber Normen und Klassifizierungen sind, lernen durch das System der Aussonderung, das Andersartigsein, das "unnormale" und "normale".

Dabei ist die Behinderung an sich nicht schwierig und problematisch, sondern das, was daraus gemacht wird. Denn eine besondere Betreuung braucht jeder, ob behindert oder nichtbehindert. Jedes Kind hat eine ihm angemessene Betreuung nötig. Und es ist ein Irrtum zu glauben, daß die Lernmöglichkeit bei einer therapeutischen Einzelbetreuung durch den Erwachsenen (Fachmann/frau) höher sind als bei einer günstig (Behindert und Nichtbehindert) zusammengesetzte, nicht allzu große Kindergruppe!

Und genau dahingehend sollte jeder, der in einer solchen Einrichtung ist, arbeiten. Denn dies ist der Grund, warum ich in diesem Bereich noch arbeite, weil die Regelkindergärten und Regelschulen ihre Struktur noch nicht geändert haben; weil es unzumutbar für die Erzieher wie auch für die Kinder ist, in einem Raum mit einer Person und 25 behinderten und nichtbehinderten Kindern zu arbeiten. Ich möchte damit deutlich machen, daß die Erzieher/innen die richtige Pädagogik machen bzw. machen wollen, daß sie aber durch Stellenkürzungen, finanzielle und räumliche Einbußen und mehr daran gehindert werden.



Wie kann ich unseren aggressiven Kindern deutlich machen, daß es anders viel besser geht, wenn sie es nicht anders sehen; wenn der Erzieher keine Zeit hat für sie oder nur dann mit ihnen "spricht", wenn es etwas angestellt hat, und wenn der Druck bei so vielen Kindern in einem Raum, bzw der Kampf ums Spielzeug so groß ist und auch kein Platz da ist um Aggressionen loszuwerden?

Deshalb müssen wir unseren Druck gegen das System vergrößern, je mehr es uns behindert.

Wie weit sind wir in unserem Staate gekommen, wenn wir schon Kinder als nicht tragbar für die Gesellschaft bezeichnen, und sie abschieben, loshaben wollen, weil wir nicht mehr mit ihnen fertig werden? In diesem Moment bezeichne ich unser System als nicht mehr tragbar für uns Kinder, Jugendliche und Erwachsene und werde dafür kämpfen, Kindergärten nach unseren Vorstellungen, nach den Vorstellungen von vorurteilsfreien Kindern, d.h. Kindergärten zu schaffen in denen Integration praktiziert wird!

Aussonderung im Kindergarten? Es geht auch anders!

Und jetzt noch ein Beispiel, daß es auch anders geht. In der Kindertagesstätte (Kita) PH-Hohbuch in Reutlingen ist seit Januar 82 auch ein behindertes Mädchen integriert. In einem Interview mit der Mutter von Julia, Helga Platen (H.P.) und der Kindergärtnerin Elvira Haug (E.) sprachen wir in der Kita über die Erfahrungen, die dabei gemacht wurden.

Wir haben uns morgens angesagt, zu einer Zeit, wo freies Spiel auf dem Tagesplan steht. Im ersten Moment können wir Julia nicht unter den anderen Kindern herausfinden, erst der Hinweis der Mutter bringt Klarheit. Julia ist ein sehr ruhiges, aber trotzdem aufgewecktes Kind, das an allem Neuem sehr großes Interesse zeigt. Vor allem der Rollstuhl eines unserer Redakteure hat es ihr angetan. Während die anderen Kinder noch zwei Meter Abstand halten, macht sie sich gleich frisch daran, ihn gründlich zu untersuchen. Julia kann bis jetzt nur einzelne einfache Worte reden, aber sie versteht es, sich auch ohne Worte verständlich zu machen.

Gk: Warum wollt Ihr nicht, daß J. in einen Sonderkindergarten geht?

H.P.: J. war zuerst in einem Sonderkindergarten, aber ich bin der Meinung, daß J. dort die Anregungen durch gesunde Kinder gefehlt haben. Der eigentliche Anlaß kam dann auch durch die Kindergärtnerin vom Sonderkindergarten, die mit ihren Kindern einen Regelkindergarten besuchte und dabei feststellte, daß J. ganz anders reagierte wie im Sonderkindergarten.

Gk: Und Du glaubst, daß im Sonderkindergarten diese Anregungen fehlen?

H.P.: Ja, z. B. bezüglich der Sprache. Im Sonderkindergarten herrscht meist eine Totenstille und die einzigen Geräusche, die man hört werden von Erwachsenen gemacht. J. ist wie verwandelt, wenn sie normales Sprechen und Lachen anderer Kinder hört. Sprache lernt man ja auch durch Nachahmung.

Zum zweiten kommen die Anregungen und die Motivationen im Sonderkindergarten immer von Seiten des Therapeuten, also künstlich erzeugt, auch dadurch bedingt, daß im Sonderkindergarten unverhältnismäßig viele Erwachsene den Kindern gegenüberstehen. In einem Regelkindergarten entsteht die Motivation viel mehr durch die anderen Kinder.

Gk: Also eher ein natürliches Lernen?

H.P.: Ja, es ist doch eine unnatürliche Situation, wenn ein Kind immer nur den Therapeuten gegenüber hat. Womit ich nicht sagen möchte, daß ein behindertes Kind keine Therapie erhalten soll. Dies könnte jedoch auch als flankierende Maßnahme in der Regeleinrichtung geschehen. Dazu müßte allerdings der Personalschlüssel günstiger sein.

Gk: Und wie sollte das aussehen?

H.P.: Auch wieder in gemischten Kleingruppen, wo die Kinder voneinander lernen können.

Gk: Wolltet Ihr die Aufnahme in die Kindertagesstätte nur wegen J. oder seht Ihr darin auch Vorteile für die anderen Kinder?

H.P.: Dadurch, daß ich noch ein nichtbehindertes Kind habe, habe ich da viele Vergleichsmöglichkeiten. Es ist z. B. schon früh aufgefallen, daß J's. Bruder gegenüber anderen gleichaltrigen Kindern ein besser ausgebildetes Sozialverhalten zeigt. Er mußte schon früh lernen, auf Schwächere Rücksicht zu nehmen und zeigt sich in seinem Verhalten viel toleranter und weniger aggressiv als andere Kinder. Er hat gelernt, J. auch ohne Worte zu verstehen und kann das auch auf andere Kinder übertragen.

Ich finde es auch wichtig, daß Kinder schon früh mit den verschiedenen Formen von Behinderung vertraut werden und schon früh lernen angemessen damit umzugehen, etwas was vielen Erwachsenen schwerfällt.



Gk: Habt Ihr Euch vor der Aufnahme von J. in die Kita besondere Gedanken gemacht?

E.: Wir haben J. am Anfang probeweise aufgenommen und nach einer Woche haben wir die anderen Kinder gefragt was sie davon halten, wenn J. jetzt immer kommt und da waren alle dafür.

Gk: Und wie reagieren die Kinder jetzt auf J.?

E.: Es hat sich gezeigt, daß sie ganz normal auf J. reagieren, wie auf andere Kinder auch.

Gk: Wie verhält sich J.?

E.: Wir haben die Erfahrung gemacht, daß J. viel mehr kann als wir ihr zugetraut haben. Sie macht teilweise bei den Spielen richtig mit, wobei sie ihre eigenen Formen findet, um sich verständlich zu machen.

Die Kinder haben auch gelernt auf J. einzugehen z. B. aus ihrem Gesichtsausdruck zu lesen. Insgesamt kann man es bis jetzt als gute Erfahrung bewerten.

Gk: Wieviele Kinder sind hier in der Kita?

E.: 16 Kinder.

Gk: Und wieviele Betreuer?

E.: Insgesamt sind wir 4 Leute, da wir in Schichten arbeiten. Also in der Pegel sind 2 da, eine ausgebildete Kraft und 1 Praktikant(in).

Gk: Wie oft kommt J.?

E.: J. kommt an 4 Vormittagen in der Woche und wir achten darauf, daß wir dann zu zweit sind.

Gk: Warum kommt J. nur begrenzt?

E.: Weil wir uns überlegt haben, daß während der Anwesenheit von J. solche Gruppenaktivitäten laufen sollen bei denen sie mitmachen kann.

H.P.: Nachmittags bekommt sie auch Einzeltherapie (Krankengymnastik, Bewegungstherapie) bzw. ich gehe mit ihr zum Behindertenschwimmen.

Gk: Wie sieht ^{das} innerhalb der Kita mit spezifischen Fördermaßnahmen aus?

E.: Für uns ist es z. B. fast nicht möglich, spezielle Fördermaßnahmen mit J. durchzuführen. Dazu fehlt uns einfach die Erfahrung. Unser vorrangiges Ziel ist es, J. einfach in den Gruppenprozeß zu integrieren. Wir haben auch morgens in der Zeit von 8.30 - 10.45 Uhr freies Spielen und da kommt es schon mal vor, daß einer allein was mit J. macht. Aber das geschieht auch mit anderen Kindern.

Gk: Wäre in diesem Zusammenhang eine Mithilfe eines ambulanten Dienstes hilfreich?

E.: Das wollten wir von Anfang an vermeiden, weil wir der Meinung sind, daß die Kinder in der Kita sowieso mit sehr vielen neuen Leuten konfrontiert werden und das wollten wir nicht noch verstärken. Zudem würde das die Sonderstellung von J. evtl. noch fördern.

Gk: Hat J. trotzdem eine Sonderstellung in der Gruppe?

E.: Es kommt schon mal vor, daß für J. andere Regeln gelten, wobei wir uns einig waren, so etwas so weit wie möglich zu vermeiden, um sie nicht noch mehr in eine Sonderstellung zu bringen

Gk: Mit welchen Problemen habt Ihr gerechnet, welche sind eingetreten?

H.P.: Als Eltern hat man immer Angst, daß das behinderte Kind eine zu große Belastung darstellt. Es ist ja im Moment nicht üblich, daß behinderte Kinder in den Regelkindergarten aufgenommen werden. Man kommt ja immer noch als Bittsteller, in der Hoffnung, daß einem der Wunsch erfüllt wird und hat daher ständig Schuldgefühle, daß das Kind eine Überforderung darstellt. Als ich das erste Mal hierher kam und die steile Treppe und den Steinboden vor der Tür sah, bekam ich auch Angst, daß J. doch etwas passieren könnte, weil man sie ja nicht ständig im Auge behalten kann.

E.: Aber die Befürchtungen haben sich bis jetzt als unbegründet erwiesen, es ist noch nichts passiert.

H.P.: Die Erfahrungen haben auch gezeigt, daß J. sehr wohl in der Lage ist auf sich selbst aufzupassen.

Gk: Haben sich die Reaktionen der anderen Kinder J. gegenüber verändert?

E.: Ja, die Neugierde hat nachgelassen.

Gk: J. ist jetzt 7 Jahre alt, das bedeutet, daß sie demnächst eingeschult wird. Wie sehen dann für J. die weiteren Pläne aus?

H.P.: Das ist ein großes Problem für mich, das mir schlaflose Nächte bereitet. Momentan gibt es für Kinder wie J. nur die Peter-Rosegger-Schule (Sonderschule für geistig Behinderte). Nach den positiven Erfahrungen, die wir in der Kita gemacht haben, kann ich hinter dieser Lösung überhaupt nicht mehr stehen. Da hört bei uns die Integration auf.



Eltern! Fordert für Eure Kinder das Recht, nicht ausgesondert zu werden!

Der GHETTOKnacker gibt 7 Tips dazu.

1. Tut nichts allein! Sucht andere Eltern mit behinderten und nichtbehinderten Kindern, erzählt von Eurem Anliegen, gebt ihnen den GHETTOKnacker und sprecht gemeinsam die Möglichkeiten der gemeinsamen Erziehung Eurer Kinder durch. Denkt daran: auch für die nicht-behinderten Kinder ist es gut, wenn sie mit einem behinderten Kind zusammen aufwachsen.
2. Meldet Euer Kind schon frühzeitig (mit ca. 2 Jahren) im nächstgelegenen Kindergarten an, damit genügend Zeit bleibt, die Voraussetzungen für die Aufnahme (Gruppengröße, Personal) zu schaffen.
3. Weist auch die Leiterin und Erzieherinnen des Kindergartens darauf hin, daß die Aufnahme eines behinderten Kindes auch für das soziale Lernen der anderen Kinder sehr wichtig ist. Verweist auf die positiven Erfahrungen anderer Kindergärten und -tagesstätten (siehe die nächsten Seiten!).
4. Seid realistisch: die meisten Kindergärten sind unter ihren derzeitigen Bedingungen mit der Aufnahme behinderter Kinder überfordert. Die Leiterin braucht deshalb Eure Unterstützung und die der anderen Eltern, um die Bedingungen im Kindergarten insgesamt zu verbessern. Das kommt dann auch den anderen Kindern zugute!

5. Wenn Ihr beim Träger des Kindergartens (Gemeinde, Kirchengemeinde...) auf "Granit" stößt, tragt Euer Anliegen in der Öffentlichkeit vor, also bei der Zeitung, auf dem Rathaus usw. Es gab auch schon Eltern, die mit Erfolg (!) geklagt haben und eine Aufnahme ihres Kindes gerichtlich erreicht haben.



Keine Angst vor großen Tieren!
(auch wenn sie noch so wild tun!)

6. Jedes behinderte Kind hat ein Recht auf ambulante Förderung durch die nächstgelegene Sonderschule für Körperbehinderte, geistig Behinderte, Hörbehinderte, Blinde, Sprachbehinderte... Fragt bei Eurem Staatlichen Schulamt nach. Aber paßt auf, daß die Schulen Euch nicht die Sonderkindergärten und später die Sonderschulen aufschwätzen wollen! Die ambulante Betreuung ist gerade für Kinder in Regeleinrichtungen gedacht!
7. Und wenn Ihr's geschafft habt: berichtet dem GHETTOKnacker, damit das Beispiel andere Eltern ermutigt!



... und vergesst nicht, die **UNTERSCHRIFTEAKTION** auf Seite 14 zu unterstützen!

Nicht nur bei Behinderten :

Auch bei den Kleinsten wird kräftig gespart
 Erhebliche Verschlechterungen in den Regelkindergärten

Damit alle Kinder den Kindergarten in ihrem Wohnbezirk zusammen mit ihren Geschwistern, Freunden und Nachbarkindern besuchen können, müssen auch in allen Kindergärten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden.

Solche Voraussetzungen wären: in der Regel 20, nie mehr als 25 und bei schwierigen Gruppen 15 Kinder pro Gruppe, dazu zwei Erzieher(innen) - mit den entsprechenden räumlichen Verhältnissen. Und: geringe oder gar keine Kosten für die Eltern, damit auch die finanziellen Gründe keine Rolle spielen.

Tatsächlich werden aber die Sparmaßnahmen des Landes und der Gemeinden auf dem Rücken auch der Kleinsten ausgetragen:

Erhebliche Kürzungen der Zuschüsse des Landes für die Kindergärten haben zur Folge, daß die Eltern mehr Kindergartenbeiträge zahlen müssen als seither.

Schlimmer noch: das Land will die Richtlinien für die personelle und räumliche Ausstattung verschlechtern: statt seither höchstens 25 sollen in Zukunft bis zu 30 Kinder in einer Gruppe sein dürfen!



Und statt je zwei Erzieher(inne)n für jede Gruppe soll nur noch eine Erzieherin genügen - und eine "Zweitkraft" soll nur für je zwei Gruppen dazukommen.

Diese Richtlinien sind aber noch nicht verabschiedet! Deshalb ist es noch möglich, dagegen zu protestieren - bei den Landtagsabgeordneten, bei der Landesregierung und in der Öffentlichkeit...

Integration: Ein Recht für alle Kinder!

Resolution der „Projektgruppe Integration von Kindern mit besonderen Problemen“

1. Integration ist ein Recht und ein Grundbedürfnis für alle Kinder. Integration muß so früh wie möglich beginnen und sollte im unmittelbaren Lebensbereich der Familie stattfinden.
2. Aus den Berichten der Teilnehmer und den Kontakten des DJI ergab sich, daß in der Bundesrepublik bereits über 60 Einrichtungen existieren, in denen behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam aufwachsen.
3. Die positiven Erfahrungen sind eine Herausforderung zu einem Dialog mit

Regel- und Sondereinrichtungen, Sondereinrichtungen sowie den Schulbehörden, um das Recht auf Integration zu verwirklichen.

4. Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, die geltenden Bundesgesetze dahin zu ändern, daß die derzeitige Trennung von behinderten und nichtbehinderten Kindern durch die unterschiedliche gesetzliche Zuordnung nach JWG¹ oder BSHG² aufgegeben wird und

Anmerkungen: ¹ Jugendwohlfahrtsgesetz
² Bundessozialhilfegesetz

alle Hilfen für alle Kinder und Jugendlichen einheitlich der Jugendhilfe zugeordnet werden. Ohne diese Lösung ist auf Dauer eine gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern nicht sicherzustellen, da die derzeitigen Zuständigkeitsstrukturen und Kostenregelungen die Integrationsbemühungen erschweren, wenn nicht sogar verhindern. Solange diese bundesgesetzliche Lösung

nicht geschaffen ist, werden die Länderbehörden sowie die Städte und Kreise aufgefordert, durch Finanzierungsregelungen und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, daß für die Finanzierung des Besuchs einer Kindertagesstätte, sowohl für das nichtbehinderte wie auch für das behinderte Kind, die gleichen Stellen zuständig sind, wobei der jeweils unterschiedliche Bedarf angemessen zu berücksichtigen ist.

Entnommen aus: DJI Materialien, Gemeinsame Betreuung behinderter und nichtbehinderter Kinder im Elementarbereich
 DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut München
 Vertrieb: DJI, Saarstraße 7, 8 München 40

Empfehlungen der Konferenz
Diakonischer Behindertenhilfe
 gemeinsam leben lernen im Kindergarten

Diese Empfehlungen finden an anderer Stelle eine ausführlichere Stellungnahme:

Kindertagesstätten in kirchlicher Trägerschaft sollten nach Möglichkeit Kinder mit Behinderungen aufnehmen. Kriterium für die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen muß das Wohl aller Kinder sein. Neben der Aufklärungsarbeit gegenüber Eltern nichtbehinderter Kinder sollten in den bestehenden Einrichtungen die Mitarbeiter für diese Aufgabe gewonnen und entsprechend fachlich zugerüstet werden.

- Vorurteilsloses und angstfreies Miteinandergehen von Menschen mit und ohne Behinderung kann gelernt werden. Den Vorschuleinrichtungen in kirchlicher und diakonischer Trägerschaft kommt dabei eine wichtige Aufgabe zu. Die Kirchenleitungen, Kirchengemeinden, Diakonischen Werke und die Einrichtungen der Diakonie sind dringend gebeten
- in ihren Wirkungsbereichen die personellen, sachlichen und finanziellen Voraussetzungen für das Betreiben integrativer Kindergärten zu schaffen und deren Einrichtung zu fördern und zu fordern;
 - durch eine entsprechende intensive Öffentlichkeitsarbeit die Notwendigkeit des gemeinsamen Kindergartenbesuches allen Beteiligten (vor allem auch Eltern nichtbehinderter Kinder) zu verdeutlichen;
 - auch im politischen Bereich dafür zu sorgen, daß Finanzierungsregelungen geschaffen werden, die die Einrichtung, den Betrieb und den Besuch integrativer Kindergärten begünstigen.



Startbedingungen für behinderte Kinder

aus: "Diakonische Initiative für Behinderte u. Nichtbehinderte"
 Verlagswerk der Diakonie Stgt. 1982 43

DER REUTLINGER ARBEITSKREIS INTEGRATION BITTET UM UNTERSTÜTZUNG SEINER

Unterschriftenaktion

Der Arbeitskreis besteht aus Eltern, Betroffenen, Fachleuten und anderen Interessierten, die seit fast zwei Jahren gemeinsam gegen die Aussonderung behinderter Kinder und Erwachsener arbeiten. Im GHETTOknacker Nr. 1 haben wir darüber berichtet. Die Untergruppe "Vorschule" will nun mit der Unterschriftenaktion erreichen, daß überall im Land die Voraussetzungen geschaffen werden, behinderte Kinder in Regelkindergärten aufzunehmen. Wir bitten alle Leser, dies zu unterstützen!

Die Unterschriftenlisten können angefordert werden bei:

Helga Platen, Schradinweg 37, 7412 Eningen

Dorthin müssen sie bis 4. September 1982 auch wieder zurückgeschickt werden!!

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

AUFRUF AN ALLE ELTERN, DIE MITARBEITER IN KINDERGARTEN, DEREN TRÄGER, DIE ARZTE, DIE LEHRER, DIE VERWALTUNG UND DIE POLITISCH VERANTWORTLICHEN DER GEMEINDEN UND DES LANDES

Die Arbeitsgemeinschaft Integration Reutlingen, an der Eltern, Erzieher, Lehrer und Personen, die von Behinderung betroffen sind, mitarbeiten, setzt sich für die konsequente Nichtaussonderung von Kindern mit Beeinträchtigungen und Behinderungen ein. Wie gehen davon aus, daß a l l e Kinder die gleichen Bedürfnisse haben. Sie möchten mit anderen Kindern zusammen spielen, Freundschaften schließen, ihre Umwelt erfahren.

Deshalb fordern wir für j e d e s Kind

- das Recht, in seiner gewohnten Umgebung aufwachsen zu können
- das Recht, einen Kindergartenplatz in seiner Nachbarschaft zu erhalten
- Bedingungen in Kindergärten, die seinen Bedürfnissen entsprechen und auch Kindern mit Behinderungen gerecht werden.

Unabhängig davon sind wir der Meinung, daß Eltern das Recht haben zu entscheiden, in welcher Einrichtung ihr Kind erzogen werden soll. Um den heute von Eltern und Fachleuten formulierten Ansprüchen zu genügen, müssen jedoch S o n d e r k i n d e r - g ä r t e n in i n t e g r a t i v e Einrichtungen umgewandelt werden.

Frei werdendes Personal und dessen Fachwissen soll zur ambulanten Betreuung und zur Unterstützung der Erzieherinnen in Regelkindergärten eingesetzt werden.

Wir fordern die Träger, Verwaltung und die politisch Verantwortlichen auf, gemeinsam mit allen Beteiligten nach Wegen zur Verwirklichung dieser Forderungen zu suchen und die rechtlichen bzw. finanziellen Grundlagen hierfür zu schaffen.

Termine

4. Sep. 82 Wilhelmstraße an der Nikolai-Kirche in Reutlingen:
Info-Stand des AK Integration mit Spiel- und Malaktion und Unterschriftensammlung. Ziel der U.-Sammlung:
In die Kindergartenordnung der Stadt Reutlingen soll das Recht eines jeden Kindes auf Aufnahme in einen Regelkindergarten aufgenommen werden.

12. Okt. 82 Heimatmuseum Reutlingen 20.00 Uhr:
Podiumsdiskussion. Thema: "Welchen Beitrag können Sonderkindergärten zur Nicht-Aussonderung behinderter Kinder leisten?"
Teilnehmer: ein Kinderarzt, Vertreter des AK Integration, der Regelkindergärten, des Sonderkindergartens und Eltern.

Fotoausstellung in Tübingen

Inventar einer Psychiatrie

Fotoausstellung, vom 15.9. - 10.10.82 in der Universitätsbibliothek Tübingen zu aktuellen Problemen der Psychiatrie.

Die Mauern der Psychiatrie haben zwei Funktionen: Sie schließen diejenigen in sich ein, die den Anspruch von "Hilfe" dahinter gefangen gehalten werden und verbauen der Öffentlichkeit den Blick für den entmenslichten Alltag, der sich dahinter vollzieht.

Wie hoch diese Mauern in der BRD heute noch sind, zeigt die Tatsache, daß wir für diese Ausstellung auf Bildmaterial aus Italien zurückgreifen müssen, das auf Anregung von Franco Basaglia, kurz vor seinem Tod gesammelt wurde. Die Absicht dieser "fotographischen Bestandsaufnahme" der Geschichte und der Gegenwart der italienischen Psychiatrie war, der Öffentlichkeit Einblick und Anregung für eine fortlaufende Diskussion über das Problem des Umgangs mit dem Elend zu geben.

Eine solche "Bestandsaufnahme" war bisher in der bundesrepublikanischen Psychiatrie nicht möglich. Trotzdem oder gerade deshalb eignet sich das Bildmaterial dazu, auch hier in Tübingen eine Diskussion über den entmenslichten Alltag vor und hinter den Mauern anzuregen.

Mit Fotos, Texten und Veranstaltungen wollen wir aktuelle Probleme der deutschen Psychiatrie zur Diskussion stellen.



VORGESEHENE VERANSTALTUNGEN:

- 1) "Bestandsaufnahme unserer psychiatrischen Versorgung" (Eröffnungsveranstaltung am 15.9.82 in der Uni- Bibliothek)
- 2) "Analyse des Sozialstaatsabbaus und seiner Auswirkungen" (Veranstaltung in Reutlingen- Termin wird noch bekannt gegeben)
- 3) "Psychiatrie in Baden-Württemberg: Suche einer Orientierung in der Gegensätzlichkeit verschiedener reformerischer und gegenreformerischer Ansätze. (Abschlußveranstaltung des DGSD am 7.10.82)

Weitere Informationen und Ausführliches Programm von:

Ev. Fachhochschule z.H. Werner Schumann
Ringelbachstr. 221 7410 Reutlingen

Anzeige:

THEMENBEREICHE WERDEN SEIN:

- Der Umgang mit chronisch Kranken
- Frauen in der Psychiatrie
- Das neue Unterbringungs- (Freiheitsberaubungs) gesetz
- Alltag in der Psychiatrie
- Psychopharmaka
- Sozialstaatsabbau- Psychiatrisierung des Elends

Kornblume

Haaßgasse 27 · 74 Tübingen · Tel. 07071/212708

- Getreidemühlen
- Schuhe
- Kosmetika
- Kerzen
- Natürliche Nahrungsmittel von Getreide bis Wein
- Vieles aus biologischem Anbau

Öffnungszeiten:

täglich 9⁰⁰ - 13⁰⁰

14³⁰ - 18⁰⁰

No vormittags
Mi nachmittags
bleibt zu!



Erfolg der Protestaktionen:

Taschengeldkürzungen werden zurückgenommen

Podiumsdiskussion der Reutlinger Initiativgruppe

Nachdem die Streichung des Zusatztaschengeldes und die Kürzungen anderer Sozialleistungen bekannt wurde, bildete sich in Reutlingen eine Initiativgruppe aus Leuten, die nicht bereit waren, das einfach so hinzunehmen. Es waren Heimbeiräte und sonstige interessierte Bewohner aus Heimen und Wohngruppen der Gustav-Werner-Stiftung (GWS) und aus Rappertshofen, die von Vertrauensmitarbeitern unterstützt wurden.



Sie planten einige Aktionen und führten sie aus. Zum einen schrieben sie einen Protestbrief an den Boß aller (West-) Deutschen, Helmut Schmid. Der Brief wurde von einem Herrn Sowieso 'im Auftrag' folgendermaßen beantwortet: Der Helmut sagt: "Bla, bla, bla, bla, bla!"

Die zweite Aktion war eine Unterschriftensammlung in der GWS und in Rappertshofen, bei der etwa 200 Unterschriften zusammenkamen.

Schließlich führte die Initiativgruppe eine Podiumsdiskussion durch, zu der sie die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises geladen hatten. Der FDPler kam, die SPDlerin schickte einen Vertreter, der CDUler konnte 'leider' nicht kommen.

Den anwesenden Politikern wurde die Unterschriftensammlung überreicht. Ein Heimbeirat überreichte jedem einen GHETTOKnacker Nr.5 und wies auf die dort abgedruckte Liste der Dinge hin, die ein Heimbewohner von dem bißchen Taschengeld alles bezahlen muß.

Di 80 anwesenden Leute beteiligten sich heftig an der Diskussion. Die Wut und Verbitterung über ihre Lage war ihnen deutlich anzumerken. Gefragt, warum denn ausgerechnet durch die Streichung des Zusatztaschengeldes die Haushaltslöcher in der Staatskasse gestopft worden sind, lehnten die Herren die Verantwortung dafür ab und bezeichneten das Ganze als Mißgeschick, das durch den Vermittlungsausschuß entstanden sei. Sie würden dies sehr bedauern und sich dafür einsetzen, daß diese Regelung bald geändert würde. Im übrigen müsse eben jeder sein Scherflein dazu beitragen, die bestehenden Lücken zu stopfen.



Die Überlegungen der einzelnen Parteien für eine Änderung sehen so aus: SPD und FDP wollen das Grundtaschengeld für alle Heimbewohner auf 120,- DM erhöhen (in einigen Bundesländern gibt es das schon lange). Dazu soll ein Zusatztaschengeld von höchstens 27,-- DM bezahlt werden an Leute, die sich an den Heimkosten beteiligen.



* Der Vermittlungsausschuß macht einen Kompromißvorschlag, wenn der Bundestag, der die Gesetze macht, und der Bundesrat, der die Gesetze bestätigen muß, sich nicht einigen können. Im Bundestag sitzen am meisten SPDler und FDPler, im Bundesrat am meisten CDUler.

Ab 1984 soll das Grundtaschengeld regelmäßig erhöht werden (wie bei den Renten). Die CDU dagegen will die alte Regelung wieder einführen, also 85,-- DM für alle und bis zu 66,-- DM Zusatztaschengeld. Eine Erhöhung sieht sie nicht vor. Die meisten der sonstigen Kürzungen im Sozialbereich sollen jedoch bleiben.

die Initiativgruppe fordert:

- 120,--DM Grundtaschengeld für alle
- dazu Zusatztaschengeld in alter Höhe
- laufende Anpassung des Grund- und Zusatztaschengeldes sowie aller anderen Sozialleistungen an die Steigerung der Lebenshaltungskosten
- Rücknahme aller sonstigen Verschlechterungen im Bundessozialhilfegesetz (BSHG)
- und das alles sofort und nicht erst 1984

Die Politiker gingen auf diese Forderungen jedoch nicht ein. Sie ließen sich auch von Schilderungen Betroffener nicht beeindruckten, in denen sie darlegten, wie beschissen ihre finanzielle Situation jetzt ist. Es ist wohl auch etwas viel verlangt, daß ein Politiker, der zig-Tausende im Monat zur Verfügung hat, sich das vorstellen soll!



Von einigen im Publikum wurde die Forderung vertreten, daß sie eigentlich nicht mehr Taschengeld wollen, sondern Arbeitsplätze, an denen sie soviel verdienen, daß sie nicht auf Almosen angewiesen sind. Diese Forderungen erhielten viel Beifall, allerdings nicht von den Politikern. Diese verwiesen lediglich auf die laufenden Sonderprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen, die erfahrungsgemäß jedoch keine weiteren Arbeitsplätze schaffen.



Der Diskussionspunkt 'weitere Kürzungen im Sozialbereich' ging ziemlich unter, da aus dem Publikum dazu wenig Beiträge kamen. Man hatte sich auf die Kürzung des Taschengeldes eingeschossen; die anderen Sparmaßnahmen waren nicht so im Bewußtsein. Den Politikern wars recht. Sie äußerten ihre Freude über den Protest gegen die Streichung des Zusatztaschengeldes. Sie freuen sich wohl darüber, daß sie die meisten anderen Kürzungen nicht zurücknehmen müssen. Immerhin, diese Streichung muß zurückgenommen werden, und dies ist allein dem massiven Protest der Betroffenen in der ganzen BRD zu verdanken!

* Klar ist jedoch: dies bedeutet keine wesentliche Verbesserung der Situation der Heimbewohner gegenüber früher.

Nach der Sommerpause will sich die Initiativgruppe weiter treffen, um die bisherige Arbeit auszuwerten und neues zu planen. Neue Teilnehmer sind erwünscht!

*
Kontaktadresse:
Sigrid Müller, Schopenhauerstr. 49,
7410 Reutlingen; Tel.: 07121/37630

VIF-Kongreß:

Gibt's bald überall ambulante Dienste?

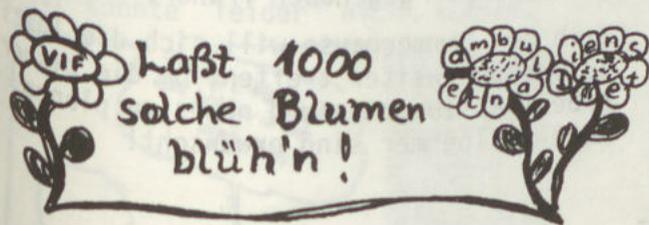
In München sollte der Anstoß dazu gegeben werden.

Einen Riesen-Kongreß haben sie veranstaltet, unsere Freunde vom VIF (Vereinigung Integrations-Förderung - siehe Gk Nr. 3). 400 "Behinderte und Fachleute aus 10 Nationen", wie es in der Presseerklärung heißt, fanden sich Ende März in der Münchner Universität ein. Noch mehr wollten kommen, fanden aber keinen Platz mehr. Das Bild der Tagung wurde geprägt von vielen jungen Leuten und vielen selbstbewußten Rollstuhlfahrern, die die Tagungsergebnisse auch weitgehend bestimmten.

Einige davon in aller Kürze:

ALTERNATIVE ZU SONDEREINRICHTUNGEN: PRAKTISCHE UND PFLEGERISCHE HILFE

Viele in- und ausländische Kongreßteilnehmer waren selbst Beispiel dafür, daß ein selbständiges Leben in einer selbst gewählten sozialen Umgebung auch für Schwerstbehinderte, z. B. auch für Menschen mit Lähmung von Armen und Beinen und dazu noch Atemlähmung, möglich ist durch gemeindenahere pflegerische und praktische Hilfen. Sie erhalten diese Hilfen von ambulanten Diensten (wie VIF), "Zentren für unabhängiges Leben" (Centers of independent living) in USA oder sie stellen selbst die entsprechenden Pfleger an.



BEHINDERTE SIND IHRE EIGENEN FACHLEUTE

Fast einstimmig waren die Kongreßteilnehmer der Meinung, daß die Behinderten ihre eigenen Fachleute sind und deshalb fähig, die Helfer selbst anzuleiten. Fachleute werden deshalb in diesen ambulanten Diensten kaum oder garnicht benötigt - allenfalls für Verwaltungs- und Organisationsaufgaben.

DIE AMBULANTE HILFE ERMÖGLICHT AUCH EINE NORMALE SCHUL- UND BERUFS-AUSBILDUNG SOWIE BERUFLICHE TÄTIGKEIT

Auch dafür gibt es etliche Beispiele: daß praktische und pflegerische Hilfen es etwa einem Spastiker oder blinden Menschen ermöglicht haben, das Gymnasium zu besuchen, weil ihm ein Schreibhelfer (Schulassistent) zur Seite stand.

Solche Assistenten wurden denn auch vom VIF auf Bundesebene von der Bundesregierung gefordert. Der Arbeitskreis "Schule" war jedoch mit dieser eindimensionalen Aussage nicht ganz einverstanden: hier wurde aufgezeigt, daß es nicht nur technische Probleme sind, die behinderten Kindern zu schaffen machen, sondern mehr noch die starren Bildungspläne, der Konkurrenzdruck, die Noten, die großen Klassen usw., so daß also zu einer umfassenderen Integration auch eine Veränderung der Schule insgesamt notwendig wäre.

Weiterhin wurden "Arbeitsassistenten" für schwergeschädigte Menschen gefordert, die eine Tätigkeit in einem normalen Beruf ermöglichen.

AMBULANTE DIENSTE SIND BILLIGER ALS HEIME

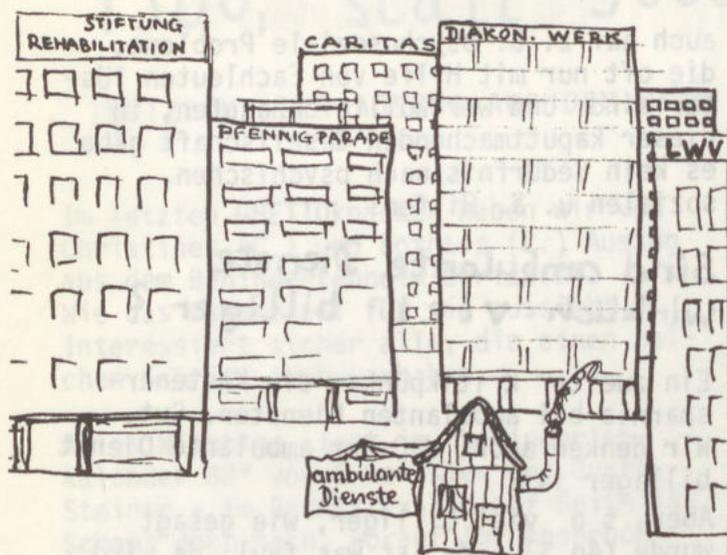
Übereinstimmend wurde aus allen Ländern berichtet, daß ambulante Dienste billiger sind als die Heimunterbringung. Es gibt dazu auch Vergleichsuntersuchungen, die von demselben Personenkreis im Heim und im ambulanten Dienst ausgehen - hinsichtlich Art und Grad der Behinderungen - und zu Einsparungen zwischen 40 und 60 % kommen.

Geradezu skandalös ist allerdings die derzeitige finanzielle Situation der ambulanten Dienste, wenn man vom Modell VIF mal absieht: sie müssen kämpfen um jeden Pfennig, sind personell minimal ausgestattet - während die Heime nach wie vor

die Millionen in den Hals gesteckt bekommen, dank guter Zusammenarbeit zwischen Kirche (Diakon. Werk, Caritas usw.), Sozialkonzernen und Staat.

SOFORTIGER AUF- UND AUSBAU
AMBULANTER DIENSTE

Natürlich wurden auch die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden aufgefordert, mit dem Aufbau ambulanter Dienste sofort zu beginnen. Na, denn man zu!!



Mit diesem System sollen Behinderte unmündig und abhängig gehalten werden.

SOZIALVERSICHERUNG FÜR PFLEGE- UND HELFERKOSTEN

Auch an praktischen Vorschlägen hat es auf dem Kongreß nicht gemangelt: an erster Stelle steht hier die Forderung, ähnlich wie die für alle verpflichtende Krankenversicherung, eine Sozialversicherung für die Pflege- und Helferkosten einzuführen. Wobei die Art der Versicherungsleistung an den Behinderten dessen Möglichkeiten einer unabhängigen Gestaltung seines Lebenslaufes in keiner Weise einschränken darf.

Die Versicherungsleistungen müßten dann natürlich einkommensunabhängig gewährt werden - nicht wie jetzt, wo viele Behinderte bzw. deren Eltern die Pflegekosten selbst aufbringen müssen.

**Behindert ist,
wer Hilfe braucht**

Integration - Ein praktisches Problem.

Erfahrungen u. Perspektiven

zu beziehen:



VIF e.V.
Herzog-
Wilhelmstr. 16/4
8000 München 2
Tel: 089-591934

*Dieses Buch braucht
jeder, der nicht
im GHETTO
weiterleben will!*

Es kostet nur DM 7,-

Anzeige

nusser +
schaal
ORTHOPÄDIE - TECHNIK

Rollstühle
Sanitätsartikel
Miederwaren

Prothesen
Orthesen
Bandagen

TÜBINGEN, UHLANDSTRASSE 8 UND 9
Telefon 07071/33226
REUTLINGEN, GARTENSTRASSE 24
Telefon 07121/36637

AS

Unser Kommentar zum VIF-Kongreß: Geht's wirklich ohne Fachleute?

War schon ne runde Sache, der VIF-Kongreß. Ein Meilenstein in der Autonomiebewegung Behinderter in der BRD - wenn's sowas überhaupt gibt. Und wir können nur wünschen, daß die Appelle und Forderungen in Bund, Stadt und Land gehört und umgesetzt werden.

Daß körperbehinderte, blinde, gehörlose erwachsene Menschen ihre eigenen Fachleute sind, ist eine gute und wichtige Aussage, die das gewohnte insituitionelle Denken auf den Kopf stellt.

Was ist aber mit behinderten Kindern und deren oft überforderten Eltern, Erziehern und Lehrern? Was mit den geistig behinderten Menschen und denen mit akuten oder andauernden psychischen Krisen?

Haben die beim Kongreß anwesenden körperbehinderten und blinden Teilnehmer nur sich selbst und ihre Bedürfnisse gesehen?

Werden nur für sie ambulante Dienste eingerichtet - dann wird sich für den Großteil der Behinderten die Situation nicht ändern, für sie bleibt dann nur die Möglichkeit, weiterhin in den machtvollen Großeinrichtungen dahinzuvegetieren. Die Fachleute müssen aber ebenso wie die Behinderten raus aus diesen GHETTOS, deren Existenz die Hauptursache für ihre Fachidiotie ist.

Wir meinen: ambulante Dienste müssen für alle Menschen bestehen und auf die unterschiedlichsten Bedürfnisse ihrer Benutzer eine Antwort geben können; also

auch auf z. B. psychosoziale Probleme, die oft nur mit Hilfe von Fachleuten lösbar sind. Und wer wollte behaupten, in dieser kaputtmachenden Gesellschaft gäbe es kein Bedürfnis nach psychischen, sozialen u. ä. Hilfen!

Sind ambulante Dienste wirklich viel billiger?

Ein zweiter Kritikpunkt: die Kostensparnis bei ambulanten Diensten. Gut. Wir denken auch, daß der ambulante Dienst billiger ist.

Aber so viel billiger, wie gesagt wurde (40 %) - da ist was faul: da wird nämlich die Ausbeutung von Arbeitskraft (hier von ZDL und Helfern im "freiwilligen sozialen Jahr") mit einkalkuliert. Und dagegen wehren wir uns entschieden! Auch die Laienhelfer, die ungelerten Helfer sollten eine ordentliche Bezahlung erhalten entsprechend ihrer Tätigkeit. Dies ist kein Vorwurf an VIF und die anderen Dienste, die derzeit aus finanziellen Gründen gar nicht anders arbeiten können, sondern an die verantwortlichen Politiker. Obriens sind die Italiener und wir der Meinung, daß der Aufbau ambulanter Dienste z u n ä c h s t einmal Mehrkosten verursacht, denn die müssen ja vor der Auflösung der Sondereinrichtungen geschaffen werden. Erst langfristig werden sie billiger.

Sichert Euch dieses heiße Blatt durch ein ABO! Sofort abschicken!!



abschneiden u. einsenden an den "GHETTOKnacker"
Nauklerstr. 20 74 Tübingen

Ich bestelle auf Wiederruf den "GHETTOKnacker" (4 Ausgaben pro Jahr)

| | | |
|---|----|-----------------------|
| <input type="radio"/> 1 Expl (plus DM 1,10 Porto) | x4 | = DM 12,40 (pro Jahr) |
| <input type="radio"/> 2-Expl (plus DM 1,40 Porto) | x4 | = DM 21,20 (pro Jahr) |
| <input type="radio"/> 3 Expl (Porto übernehmen wir) | x4 | = DM 24,- (pro Jahr) |
| <input type="radio"/> ..Expl (Porto übernehmen wir) | x4 | = DM ... (pro Jahr) |

Konto-Nr. im Impressum S.2

Ich überweise den Betrag auf Euer Konto.

Meine Anschrift (DEUTLICH!):

☒ zutreffendes ankreuzen

DAS KOSTET DAS WOHNEN "DRAUSSEN" :

1300,- statt 3000,- Mark monatlich

TROTZDEM: DER AUSZUG AUS DEM HEIM IST MÖGLICH

Im letzten GHETTOknacker haben wir von Christines (C.) und Lothars (L.) Auszug aus dem Behindertenheim berichtet. Wie das finanziell für sie aussieht, interessiert sicher alle, die einen solchen Schritt auch vorhaben.

Alles Wichtige steht im "Behindertenkalender 82" von Ernst Klee und Gusti Steiner - im Rechtslexikon auf Seite 157. Schaut dort nach, worauf Ihr Anspruch habt und welche Anträge Ihr stellen müßt. Allerdings: für jeden Scheiß muß ein Antrag gestellt werden. Ist ne ganz schöne Papierflut!

Die folgenden Zahlen sind nur Beispiele, bei Euch kann das wieder anders aussehen

a) Wohnungseinrichtung und -renovierung:

Die Renovierungskosten und die Einrichtungskosten hat das Sozialamt in voller Höhe übernommen. Als "Einmalige Beihilfe" Das sah bei C. und L. so aus:

Gemeinsam haben sie für Waschmaschine, Kühlschrank, Staubsauger, Eckbank, Küchentisch, Badschränke, 2 Öfen und die Renovierungskosten ca. DM 5.500,- bekommen, so viel, wie alles gekostet hat.

Christine bekam für Schrank, Couch, Sessel Tisch, Schränke, Teppich, Regal und Telefonanschluß ca. 2.660 DM.

Lothar für Schreibtisch, Teppich, Schrank und Nachttisch ca. 1.240 DM.

Ganz wichtig:

Zuerst muß man einen schriftlichen Kostenvoranschlag haben.

Dann muß man den jeweiligen Antrag beim Sozialamt stellen.

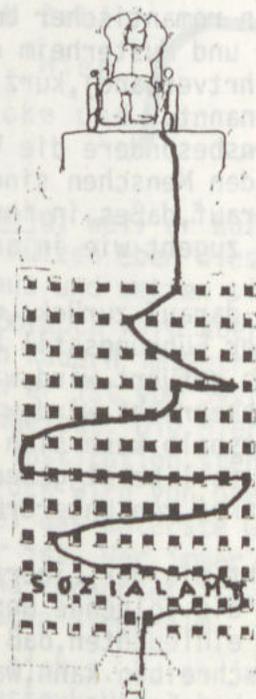
Dann bekommt man vom Sozialamt eine Kostenübernahmebescheinigung.

Dann darf man erst einkaufen bzw. die Handwerker bestellen! Die Rechnung läßt man dann direkt auf das Sozialamt schicken.

b) Weitere "einmalige" Beihilfen

Heizkostenzulage ca. 1.500,- DM für beide zusammen.

Die anderen Beihilfen haben C. und L. noch nicht in Anspruch genommen.



c) Der Aufzug wird ca. 30.000,- Mark kosten. Auch er wird bezahlt. Vom LWV bzw. Fürsorgestelle.

d) ... und wovon leben C. und L.?

Lothar bekommt nur 394,- DM Hilfe zum Lebensunterhalt. Da ist das Wohngeld schon dabei. Hätte er nicht noch 750,- DM Pflegegeld, müßte er glatt verhungern. So aber reicht's gerade.

Zusammen hat er also 1.140 ,DM jeden Monat.

Christine bekommt 654,- Eingliederungshilfe vom LWV, wohl weil sie studiert, 130,- Grundrente als Halbwaise und 360,- DM Pflegegeld, also auch 1.144,- DM monatlich. Legt man die einmaligen Beihilfen auf den Monat um, so erhält jeder von ihnen ca. 1.300,- DM.

Wir fragen uns:

Warum kann der Staat einem Heimträger im Monat DM 3.000,- DM für einen Heimplatz zahlen, macht sich der Behinderte aber selbständig, bekommt er von demselben Staat nur noch ca. 1.300,- DM

DIE BERUFENE

eine Geschichte aus Rappertshofen

Kurz vor oder hinter Reutlingen befindet sich in romantischer Umgebung das Vorzeige- und Musterheim des LWV (Landeswohlfahrtverband), kurz Behindertenheim genannt. Dieses Heim, insbesondere die Verwalter der dortlebenden Menschen sind besonders stolz darauf, daßes in ihrem Heim nicht so wüst zugeht wie in anderen Heimen. Sie führen es darauf zurück, daß der Rappertshofener Führungsstil äußerst liberal sei. Wo geführt wird, wird geherrscht, wo geherrscht wird, wird auch unterdrückt. Deshalb kann sich ein Heimauch noch so liberal geben, es wird doch niemals frei von Unterdrückung sein. Wie das so geht mit der Liberalität im Heim zeigt die folgende Geschichte: Es wird jedem einleuchten, daß niemand niemanden vorschreiben kann, wann er ins Bett zu gehen hat. Und wenn dies doch geschieht, ist dies nichts anderes als eine eindeutige Verletzung der Menschenrechte. Derartige Akte der Bevormundung "dürfen" zwar in anderen Heimen geschehen, aber nicht in Rappertshofen, denn merke: Rappertshofen ist ein liberales Heim. Aus diesem Grund sind in Rappertshofen "genügend" Nachtwachen vorhanden, die die Leute, die später ins Bett gehen wollen oder können in das Selbige befördern. Natürlich kosten diese Nachtwachen einiges. Vor einigen Wochen an einem verregneten Samstagnachmittag, machten sich einige unternehmungslustige Rappertshofener mithilfe eines Busses, der von einer der beiden Pflegedienstleiterinnengefahren wurde, auf den Weg nach Reutlingen. Dort wollten sie zusammen mit Nicht- und Behinderten einen wunderschönen Nachmittag verbringen. Der Tag war verregnet, die Stimmung gut bis die oben erwähnte Busfahrerin, wie' aus heiterem Himmel ihren Mitfahrern eröffnete, daß es irgendwann einmal so sein könnte, daß es eine Nachtwache weniger gebe und alle Heimbewohner spätestens um 10 Uhr ins Bett gehen müßten. Und schon war die Stimmung da-

Daraufhin geschah tagelang nichts. Bis zu dem Tag hin, an dem die Busfahrerin anscheinend ihren Beruf wechselte. Sie fühlte sich plötzlich zum Gesundheitsapostel berufen. Sie versuchte die Behinderten davon zu überzeugen, wie ungesund spätes Insbettgehen sei, und sie dazu zu bekehren, doch früher ins Bett zu gehen. Daraufhin entgegneten ihr die betroffenen Betroffenen, daß es doch -verdammtnochmal - ihre eigene Sache wäre, in welcher Form sie ihre Gesundheit ruinieren. Da wustete sie den armen Irrengeliteten nichts anderes zu entgegnen als: In allen anderen Heimen ist es gang und gebe, daß die Heimbewohner spätestens um 10 Uhr im Bett sind! Leider vergaß sie zu sagen, daß es auch Heime gibt, in denen die Leute geschlagen werden, ans Bett gebunden werden, ..



Da ein fauler Baum bekanntlich keine Früchte trägt, -schließlich sind die Bewohner des Heims krank und nicht bloß behindert- wandte sie sich der geistig höheren Klasse ihrer Untergebenen zu, den Mitarbeitern. Bei dieser Gruppe brachte sie die gleichen Argumente vor und bekam aber auch dieselben Antworten. Daraufhin entgegnete sie, daß wenn weder Heimbewohner noch Mitarbeiter das nötige Verständnis für diese pädagogischnotwendige Maßnahme aufbringen können, diese eben angeordnet werden muß. Damit ist zwar unsere Erzählung zu Ende, aber nicht diese Geschichte. Die Frage, die bleibt, ist: Handelt unsere Heldin aus eigenem Antrieb oder wird sie getrieben (vom LWV)? Wer wirft dem Lauf des Schicksals einen Knüppel zwischen die Beine ????????????

Die Kehle zugeschnürt...

... hat es unserer freien Mitarbeiterin Christine beim Interview mit Heimleiter, Gruppenleiter und Bewohner im Behindertenheim Markgröningen (s. GK Nr. 5: "Im Behindertenheim wird das Grundrecht eingeschränkt"). Hier nun schreibt sie ihre ganz persönlichen Eindrücke und Gedanken bei diesem Gespräch auf.



Bis Juli 81 lebte ich 2 Jahre lang im Behindertenheim Rappertshofen, dessen Träger ebenfalls der LWV Stuttgart ist, und habe also die Fremdbestimmung durch die Institution am eigenen Körper erfahren. So fuhr ich also mit nach Markgröningen, in dem Bewußtsein, abgeklärt und Herr (Frau) der Lage zu sein.

Aber als wir in das Gebäude des Behindertenheims Markgröningen, das ja so schön außerhalb und abgeschirmt vom Ort liegt, einfuhren, hatte ich schon wieder dieses mir bekannte beklemmende Gefühl der Angst. Es macht nämlich für einen ehemaligen Bewohner eines Behindertenheimes keinen Unterschied, ob ein Heim Grafeneck, Markgröningen oder Rappertshofen heißt. Sie unterscheiden sich lediglich in den Fassaden, nicht aber in ihren Strukturen. Meine Hilf- und Machtlosigkeit, sowie das langsam aufsteigende Gefühl der Angst gegenüber solchen Institutionen, die nicht faßbar sind, kann nur jemand nachempfinden, der in derselben Lage war.

Schließlich waren wir alle, d. h. Ghetto-knacker, Bewohner der Gruppe B IV, Vorsitzende des Heimbeirats, Mitarbeiter, Psychologin und der dortige Heimleiter, im Gemeinschaftsraum der Gruppe B IV versammelt.

Bei den einleitenden Worten des Herrn Hellrich, Heimleiter, zeigte sich schon, wie sehr sich ein Mensch in leitender Position mit der gesamten Institution identifiziert. Egal, ob Heimleitung oder Mitarbeiter bestimmen, immer werden Sachzwänge oder Dienstvorschriften vorgeschoben, um nicht selbst angreifbar zu werden. Heimbewohner können nur das durchsetzen, was die Mitarbeiter nach ihren eigenen Moralvorstellungen für gut ansehen. Was der Betroffene selbst will

ist zweitrangig; weil er auf Hilfe angewiesen ist, nützen eben diese "Helfer" ihre Macht aus und setzen sich durch. Der Machtmißbrauch wird aber nicht bewußt von den Rädern im Getriebe betrieben, sondern er ist vom System der Institution so angelegt. Die Hierarchie in solch einer Institution steht eindeutig fest, der Druck wird von oben nach unten größer, wobei das unterste Glied der Heimbewohner ist. Wer immer abhängig, unterdrückt und verachtet ist, greift nach jedem rettenden Strohhalme.

Dies äußert sich z. B. an jenem überangepassten Musterkrüppelchen, das unheimlich dankbar, besonders lieb und ein bißchen doof ist und das wir Krüppel (Behinderte) ja alle kennen. Ebenso äußert sich dies im ach so demokratischen Heimbeirat, wo Behinderte zwar nicht mitbestimmen, aber doch, wo Not am Mann, eventuell mitwirken dürfen. So entsteht der Eindruck, alles lief sehr demokratisch ab, weil der Heimbewohner auch ein Wörtchen mitreden darf. Meiner Meinung nach wurden Heimbeiräte nur ins Leben gerufen, um die unterdrückten Heimbewohner ruhig zu halten und somit der Schein von Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung gewahrt bleibt. Ein weiteres Beispiel ist die bei Heimbewohnern herrschende Rivalität, gegenseitige Eifersucht und das Gerangel um die Gunst des nichtbehinderten Mitarbeiters.

Alle diese Überlegungen stellte ich nach dem Besuch im Markgröningen an, weil ich in der Situation selbst zu betroffen war und mir nackte Angst (wovor?) die Kehle zuschnürte. Als ich sah, wie autoritär der Umgangston von einigen Mitarbeitern der Institution gegenüber den Behinderten war, wurde mir klar, daß ich diesen Beitrag einfach schreiben muß.

Sammellager Thiepval:

Ein weiteres GHETTO zum Knackten

Tübingen ist eine schnucklige, saubere, nette Stadt mit braven, sauberen Bürgern und anständigen Studenten.

Aber hinter den Kulissen sieht es ein wenig anders aus. Vor 2 Jahren ist die leerstehende französische Kaserne mit dem Namen Thiepval besetzt worden. Nach dem Willen der Besetzer sollte ein Wohnheim für Studenten, Lehrlinge und Jungarbeiter und ein Kulturzentrum entstehen. Aber dazu hätte man die verlassenen Räume renovieren müssen, was 20 Millionen gekostet hätte. Es ist ja viel billiger, die Kaserne als Aufnahmemöglichkeit für ca. 700 Flüchtlinge aus der "Dritten Welt" und Osteuropa benutzen. Und das kostet dann nur 2 Millionen.

In Deutschland ist nach dem 2. Weltkrieg das Gesetz geschaffen worden: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." (Art. 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes) Dieses Grundrecht war und ist vielen Politikern ein Dorn im Auge. Ein bisher leider recht erfolgreicher Versuch zu seiner Aushöhlung wurde von unserer Landesregierung unternommen: Es entstand das Konzept eines Sammellagers und es wird auch ziemlich offen verbreitet, daß es die "Funktion einer Abschreckungsmaßnahme" hat. (Stuttg. Nachr. 19.7.80)

Inzwischen sind in dem Sammellager Thiepval 300 Menschen aus 24 Nationen.

Wie sieht es mit der Lebenssituation dieser Menschen in der Thiepvalkaserne aus? Eine Antwort steht bereits im Schwäbischen Tagblatt: "Was im Lager Tag für Tag produziert wird, ist Hoffnungslosigkeit." (15.4.82)

Die Menschen werden aus verschiedenen Ländern zu dritt und viert in ein Zimmer einquartiert. Die Familien werden auseinandergerissen. Es gibt viel zu wenig Waschräume, WCs, für das ganze Haus nur zwei Duschen. Der "Freundeskreis für ausländische Flüchtlinge" hat das Regierungspräsidium gebeten, doch kleinere Kochgruppen zu ermöglichen, Sportanlagen zu gewährleisten, das Zusammenwürfeln der Menschen aus verschiedenen Nationen zu bedenken.

KEINE ANTWORT!
Der Zustand dieser Menschen ist nicht auszuhalten. Jederzeit kann die Lagerverwaltung in das Zimmer kommen. Es

interessiert niemanden, daß jeder auch mal allein sein möchte. Durch das Arbeitsverbot, -solange der Asylantrag noch im Schweben ist, was bis zu sieben Jahre dauern kann-, entsteht die Hoffnungslosigkeit.



Das Gefühl zu haben, nur noch ein Spielball der Bürokratie zu sein, das man herumschieben kann, ist verständlich. Es entstehen dazu auch ziemliche Probleme. Bei einer Untersuchung von 50% der Lagerbewohner aus der Dritten Welt kam heraus, daß viele Depressionen haben, was sich in Traurigkeit, Weinen, Bewegungslosigkeit ausdrückt. Ein weiteres Problem ist, daß viele zu Alkoholikern werden als Betäubungsmittel für traurige, quälende Gedanken. Einige werden aggressiv gegenüber Mitbewohnern und Lagerpersonal. Eines der größten Probleme ist, daß diese Leute ihr Identitätsgefühl verlieren, sie fühlen sich nur noch als verwaltetes Objekt, als Tier oder sie verhalten sich wie Kinder.

Dazu noch produziert das Arbeitsverbot und das Verbot, den Bezirk (Stadt) zu verlassen, Menschen, die psychisch kaputt gehen, und letzten Endes auch nicht mehr arbeitsfähig sind. Es entsteht der Verlust des Selbstwertgefühls und das allgemeine Gefühl der Sinnlosigkeit in einem internen

Bericht des Diakonischen Werks ausgedrückt: "Das bedeutet... nichts anderes, als daß diese Art von Unterbringung in Verbindung mit Arbeitsverbot eine systematische Heranziehung von Tausenden von Menschen zu sozialen und psychischen Krüppeln bedeutet, eine staatlich betriebene Zerstörung der Persönlichkeit von Asylbewerbern.")

Es ist in Baden-Württemberg zur Zeit politisch wohl nicht durchsetzbar, die Sammellager aufzulösen, aber für ein einigermaßen menschliches Leben müssen folgende Minimalforderungen erfüllt sein:



Aus dem Betreuungsprogramm der fürsorglichen Landesregierung

Ihr Leute in Heimen, Anstalten und anderen Ghettos:
Kommt Euch das nicht bekannt vor ???

Müßt Ihr nicht auch mit vielen anderen Menschen zusammenwohnen, die Ihr Euch nicht ausgesucht habt, nur weil sie mit Euch ein Merkmal gemeinsam haben; weil sie irgendeine Schädigung haben, weil sie alt sind oder politische Flüchtlinge?!

Habt Ihr nicht auch so ein geringes Taschengeld, daß es gerade fürs Notwendigste reicht?!

Habt Ihr den Schlüssel zu Eurem Zimmer oder haben ihn Heim- und Gruppenleiter?!

- Wohneinheiten statt Sammelabfertigung
- Küche, Waschräume, Dusche, Waschmaschine für 2 oder 3 Wohneinheiten
- Familien zusammen wohnen lassen
- intensiver Sprachunterricht
- Kindergarten, Schule (keine Ausländerklassen)
- Arbeitsverbot auflösen
- medizinische und psychosoziale Versorgung

Es müßte den Menschen überlassen werden, ob sie eine private Wohnung suchen wollen oder als Anlaufstelle in das Sammellager gehen wollen.

WIR MOSSEN WACH BLEIBEN !!

Die Ausländerhetze nimmt ein immer bedeutlicheres Ausmaß an. Und Sammellager -- das gab es doch schon einmal in Deutschland!!

Und wer tut was ?

So schlimm diese Situation erscheint - es gibt Leute, die dabei nicht resignieren, sondern gegen diese Politik der Herrschenden etwas tun. Es sind dies zwei Freundeskreise, der eine innerhalb der "Kaserne", der andere außerhalb.

Ihre Adressen:

Freundeskreis in der Thiepval-Kaserne, Said Arnaut, Klaus Kern. Tel. Tü 72915

Freundeskreis für ausländische Flüchtlinge, Werner Baumgarten, Eugenstr. 59 Tel. Tü (07071)33169

In beiden Freundeskreisen arbeiten Betroffene und deren Unterstützer zusammen. Meldet Euch dort mal!

Ist Euer Tageslauf nicht auch verplant mit Essenszeiten, Arbeitszeiten, Ruhezeiten?!

Fühlt Ihr Euch nicht auch oft als Spielball der Bürokratie?!

Kennt Ihr das nicht auch, daß Ihr verlernt, selbst für Euch zu denken, daß Ihr dadurch passiv und depressiv werdet? Und daß sich die Aggressionen gegen Sachen, Mitbewohner und Mitarbeiter richten anstatt gegen die Zustände im Heim und ihre Verrusacher?!

Aber: In allen Einrichtungen gibt es Möglichkeiten, von innen und außen dagegen zu kämpfen!

Bekennnerbrief von der Schwäbischen Alb

"Heute, in der Nacht zum 8. Mai 1982, haben wir das steinerne Kreuz auf dem Friedhof, von Grafeneck mit folgender Inschrift in ein Mahnmal verwandelt:

'Hier wurden 10 000 behinderte Menschen von den Nazis ermordet. Wieviele werden heute in Heimen lebendig begraben?'

Wir möchten dies gegenüber der Öffentlichkeit begründen: Wir sind eine Gruppe von Bürgern dieses Staates, die nicht länger bereit sind, über den Mord an über 10 000 Menschen in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb zu schweigen. Unter der rassistischen Formel, alles 'lebensunwerte' Leben müsse 'zur Reinhaltung der Rasse' vernichtet werden, starben im nationalsozialistischen Deutschland:

- 5 000 behinderte Kinder
- 100 000 Erwachsene aus Heil- und Pflegeanstalten
- 10 000 'unproduktiv' gewordene Menschen

(Zahlen aus: R. Vespignani, Faschismus, Berlin 1976)

Über 10 000 von diesen Menschen wurden innerhalb eines Jahres in Grafeneck umgebracht.

Kein Gedenkstein, keine Mahntafel, einfach nichts erinnert die Besucher des inzwischen wieder dort bestehenden Behindertenheimes an dieses Stück schwarze Geschichte.



Heute sind nun 37 Jahre seit dem Ende der Nazi-Diktatur vergangen, in diesen Jahren war es weder der Heimleitung von



Grafeneck, noch dem Kreis Münsingen bzw. Reutlingen, noch dem Land, noch dem Staat ansich möglich, ein Zeichen zum Gedenken und zur Mahnung gegen diese mörderischen Verbrechen zu setzen.

Als Mütter und Väter müssen wir unseren Kindern ein Beispiel geben, daß Geschichte nicht verleugnet werden darf, sondern daß wir uns zu ihr bekennen und aus ihr lernen müssen.

Deshalb können wir ebensowenig die Augen davor verschließen, daß derzeit in Grafeneck 112 Männer und eine Frau lebendig begraben sind - entmündigt, isoliert, im 5-Bett-Zimmer mit Klinikbetten, ein Leben lang ...

Und wir sehen, daß in der ganzen Bundesrepublik tausende von Menschen im Abseits leben müssen, hilflos, sich gegen Staats- und Wohlfahrtsrestriktionen zu wehren.

Mit welchem Recht schaffen wir uns für unliebsam gewordene Menschen, Menschen mit Schwierigkeiten, solche Anstalten, hindern sie, an unserem täglichen Leben teilzunehmen?

Es kommt uns darauf an, Verbindungen zu ziehen zwischen dem Massenmord in der nationalsozialistischen Zeit und dem Abschieben 'unproduktiv' Gewordener aus unserer Gesellschaft heute. Nicht nur auf die Verbrechen der Vergangenheit möchten wir aufmerksam machen, sondern gerade auch auf die unzumutbare Situation der jetzt lebenden, von der geltenden Norm abweichenden Menschen.

Unsere Tat hielten wir für angemessen, um das Schweigen zu durchbrechen und eine Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit voranzutreiben.

Münsingen, 9. Mai 1982"

Dieser Brief wurde an verschiedene Zeitungen in der Gegend verschickt. Wieviele haben ihn abgedruckt? Diese Aktion soll totgeschwiegen werden, weil sie sich gegen das Totschweigen richtet.

"Die Kranken, die heute im 'Samariterstift' leben, sind die gleichen, die damals umgebracht worden sind – wir wollen nicht, daß unsere Kranken ständig daran erinnert werden", sagt Herr Sachs, der Heimleiter von Grafeneck. Er will nicht, daß die 'Kranken' sich erinnern, daß sie heute noch in Grafeneck und anderswo vernichtet werden, nur auf andere Weise.

Die Polizei ermittelt gegen die 'Täter wegen 'Sachbeschädigung'. Die Tat sei nicht 'politisch motiviert' gewesen. "Als Täter vermuten wir einen Psychopaten".

Dies zeigt eine Möglichkeit, wie der Staat mit politisch aktiven Leuten umgeht, die Wahrheiten aufzeigen oder sich wehren: Sie werden als 'krank' bezeichnet, vielleicht selbst abgeschoben ins Irrenhaus. So muß man sich mit diesen Wahrheiten nicht auseinandersetzen.



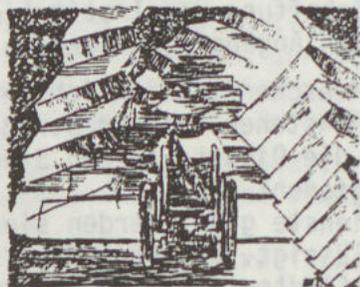
Wie die Kirche mit der Wahrheit umgeht, mit der Wahrheit, daß sie selbst unter dem Banner der Nächstenliebe Menschen einsperrt und vernichtet, zeigt die Reaktion des Diakonischen Werkes. Es läßt eine Gedenktafel anbringen mit der Inschrift: "Ich weiß, der Herr wird des Elenden Sache und des Armen Recht ausführen, Ps. 140, V.13- Zum Gedenken an die Opfer der Unmenschlichkeit, Grafeneck 1940".

Als ginge es nur um gestern. Es geht um heute! Wir wissen, sie werden der Herrschenden Sache und der Reichen Recht ausführen!!!

(Quelle: taz, 12.5.82)

Ein Weg für Nichtbehinderte zum besten Verstehen der Behinderung

Selbsterfahrung



Leisen/Trabert, Selbsterfahrung
Ein Weg für Nichtbehinderte zum besseren Verstehen der Behinderung

78 Seiten, m. Fotos
ISBN 3-923126-07-7

DM 5.-

Die laute oder leise Empörung von Behinderten im ihnen eigens gewidmeten Jahr hat bei manchen Nichtbehinderten Erstaunen erregt. Sie wissen mangels eigener Erfahrung nicht, was es heißt, hierzulande behindert zu sein. Diese Erfahrung haben mehrere Studenten versucht zu machen. So gut das für Nichtbehinderte möglich ist. Sie berichten in diesem Buch ihre Versuche und Eindrücke und ziehen einige Schlußfolgerungen.

Reifenstuelstr. 8, 8 München 5

AG SPAK
PUBLIKATIONEN

ITALIEN: Rückkehr des Irrenhauses ?

Der Gesundheitsminister von Italien, Altissimo, hat einen Gesetzesentwurf ins Parlament eingebracht, der die wichtigsten Punkte des Gesetzes 180 aus dem Jahr 1978 ändern soll. Dieses Gesetz schreibt die Auflösung der Irrenhäuser und den Aufbau psychosozialer Dienste in den Stadtteilen vor und begrenzt die Zwangseinweisung auf eine Dauer von 7 Tagen. Es sind keine Aufnahmen in Irrenhäuser mehr möglich, sondern nur noch in Allgemeinkrankenhäuser bzw. deren psychiatrische Abteilungen. (Siehe Ghetto-knacker Nr. 3).

Der neue Gesetzesentwurf soll folgende Änderungen einführen:

- für chronisch Kranke sollen besondere Institutionen mit 180 Betten (davon 60 für chronisch psychisch Kranke) geschaffen werden.
- Zwangseinweisungen sollen bis zu einer Dauer von 30 Tagen wieder möglich sein; wenn es "die Interessen des Betroffenen und seiner Umgebung gebieten", kann sie sogar auf unbegrenzte Zeit verlängert werden. Damit wird das Abschieben unbequemer Leute wieder möglich.
- Zusätzlich soll die Polizei Leute, die sich in der Öffentlichkeit "verrückt" benehmen oder stören, aufgreifen können und sie mit dem Gutachten von nur einem Psychiater für 48 Stunden in eine psychiatrische Institution bringen können. Das bedeutet sogar einen Rück-

schritt vor das Gesetz von 1904, bei dem wenigstens zwei Psychiater eine Unterbringung fordern mußten. Alle diese Änderungen kommen einer Rückkehr des Irrenhauses gleich.

Wie konnte es zu dieser Gesetzesinitiative kommen?

Altissimo hat schon 1978 gegen das Gesetz 180 gestimmt. Damals war das politische Klima so, daß die Mehrheit der Partei hinter dem Gesetz stand.



Heute herrscht in Italien ein Klima des Rückschritts, in dem die Errungenschaften, die von der 68er Bewegung ausgingen, auf allen Ebenen beschnitten werden. In diesem Klima witterte Altissimo eine Chance, diese ungeliebte Gesetz zu Fall zu bringen. Er nutzte dabei die seit Monaten laufende Pressekampagne, die die Verwahrlosung psychisch Kranker beklagt, sowie den Einfluß von Angehörigenverbänden, die die Schaffung von Institutionen für ihre kranken Angehörigen fordern.

Werden diese Menschen tatsächlich vernachlässigt und stehen auf der Straße? Gibt es nicht die Dienste in den Stadtteilen und Regionen?

Wo es diese Dienste gibt, werden sie nicht vernachlässigt. Es ist jedoch so, daß in vielen Städten und Regionen keine psychosozialen Dienste aufgebaut wurden, die Irrenhäuser jedoch trotzdem geöffnet wurden und keine Neuaufnahmen stattfanden.



den. Dadurch kam es tatsächlich zu Vernachlässigung und großem Elend.

Ganz bewußt wurde das Gesetz 180, das den Aufbau der Dienste ja vorschreibt, unterlaufen, um zu beweisen, daß es nicht durchführbar ist. So wurden z. B. auch einfach keine Mittel für diese Dienste bereitgestellt. Für den Aufbau von Diensten im Territorium sind zunächst zusätzliche Mittel nötig. Bezeichnenderweise sind in Altissimos Gesetzesentwurf zusätzliche Mittel vorgesehen, um die Institutionen wieder aufzubauen! Es war möglich, das Gesetz 180 zu unterlaufen, weil nicht genau im Gesetz steht, wie, wo und wann diese Dienste sein sollen und wie sie zu bezahlen sind. "Hier ist die Linke in die Falle gegangen, wie schon öfters, weil sie zwar ein gutes Gesetz durchgesetzt hat, aber nicht darauf geachtet hat, daß genaue Vorschriften für die Anwendung des Gesetzes mit aufgenommen wurden!" sagt Veri Marzi, Arzt im SIM Cortona.

Wer hat nun ein Interesse an der Wiedereinführung der Institutionen?

Es sind dies vor allem die Universitäten und private Institutionen, die durch Irrenhäuser und Heime das große Geld gemacht haben und plötzlich nichts mehr verdienen konnten. Sie haben auch heute noch viel Macht und Einfluß. Sie haben nicht davor zurückgeschreckt, auf brutale Weise Menschen für ihre Zwecke zu mißbrauchen.

Die Demokratische Psychiatrie wird sich diesem Angriff stellen. Sie nimmt diesen Angriff und die Diskussion in der Öffentlichkeit zum Anlaß, endlich die vollständige Verwirklichung des Gesetzes 180 zu fordern. Das heißt vor allem: Aufbau psychosozialer Dienste in allen Regionen Italiens und die Bereitstellung des dazu nötigen Geldes.

Sie fordern die öffentliche Diskussion auf allen Ebenen: in der Bevölkerung, in Gewerkschaften, Parteien, in den regionalen Parlamenten und im Parlament in Rom.

Es gilt Stellung zu beziehen: wollen wir Irrenhäuser und Heime wiederhaben oder nicht?

Der Kampf der Demokratischen Psychiatrie wird unterstützt und getragen von den linken Gewerkschaften, der Kommunistischen Partei (PCI), Teilen der Soziali-

sten und von Angehörigenverbänden, die nicht in der Wiederkehr der Institutionen die Lösung für das Elend ihrer Angehörigen sehen, sondern in der konsequenten Verwirklichung der im Gesetz 180 gemachten Vorschriften. "Es sind nur noch wenige Jahre konsequenter Arbeit nötig, um zu beweisen, daß das Gesetz 180 in ganz Italien durchführbar ist." sagt Veri Marzi.

Was hat das alles mit uns in Deutschland zu tun?

Bei uns ist die Diskussion über Italien, über die Abschaffung von Irrenhaus und Heim, über die grundsätzliche Verweigerung der Aussonderung, noch gar nicht richtig angelaufen. Es wird totgeschwiegen und bewußt falsch informiert. So wird oft behauptet, die Vernachlässigung psychisch kranker und behinderter Menschen in Italien sei die Folge der Auflösung der Institutionen und der wahre Sachverhalt verschwiegen. So wird die Notwendigkeit der Institutionen bei uns begründet.

Wichtig für uns, aber auch für unsere italienischen Freunde, ist, daß wir endlich überall über Nichtaussonderung aller Menschen mit Abweichungen von der Norm diskutieren. Wir müssen fordern, daß in allen Ländern Aussonderung verweigert wird. Dadurch entsteht auch auf Italien ein Druck, der es Altissimo und Konsorten sehr erschwert, ihr Irrenhaus wieder einzuführen.



Widerstandskämpfer sind ganz normale Menschen

Es ist ein kleines Taschenbuch, klar und verständlich geschrieben. Die Geschichte ist einfach, ohne Übertreibung, und deshalb so tief beeindruckend.

Es ist die Geschichte eines Jungen im 3. Reich aus Köln-Ehrenfeld, der sich einer antifaschistischen Jugendgruppe anschließt den Edelweißpiraten. Sie singen, verklopfen die Hitlerjugend, klauen Lebensmittelmarken, um Illegale und Fremdarbeiter zu ernähren, wachsen langsam hinein in den aktiven Widerstand, in den Untergrund, werden schließlich als Schwerverbrecher und Staatsfeinde gesucht, beseitigen den Chef der geheimen Staatspolizei (Gestapo) werden schließlich bei einem Befreiungsversuch eines Genossen verhaftet, verurteilt und hingerichtet.

Das Faszinierende an diesem Buch ist, daß es klarmacht, daß jeder dazu kommen kann, wirkungsvoll und bewaffnet gegen einen Unrechtsstaat zu kämpfen, wenn er es will. Dies ist die Geschichte einer Gruppe, eines Menschen, die es immer wieder in der deutschen Geschichte gab und gibt, er ist einer der vielen unbekannteren Proletarier, die gegen den Faschismus kämpfen und starben.

Es gibt sicher zu denken, daß in der BRD die Gruppe um den gescheiterten bürgerlichen Attentäter von Staffenberg in der Geschichtsschreibung so hochgejubelt wird, während man den proletarischen Widerstand fast gänzlich verschweigt; soll damit vielleicht beim Arbeiter heute die Möglichkeit von Widerstand aus dem Bewußtsein herausgetilgt werden?

Der Barthel Schink gilt heute noch rechtlich als Schwerverbrecher, obwohl sein Widerstand einem verbrecherischen Staat galt, von dem er als Verbrecher gehenkt wurde, das sagt auch viel über den Nachfolgestaat des 3. Reiches, die BRD aus.



*Links ist Platz geblieben
auf dem man schreiben kann
Rechts steht SIND UNSER UNGLÜCK
Wie fing die Zeile an*

*DIE JUDEN ist kaum mehr zu lesen
ausradiert oder verblaßt
schreibt CHINESEN schreibt NORDVIETNAMESEN
schreibt alle hin die ihr haßt*

*Schreibt einfach die BOLSCHEWISTEN
das geht dann weiter so
DE GAULLE und DIE NEUTRALISTEN
die vom AFRO - ASIATISCHEN ZOO*

*DIE OSTERMARSCHIERER DIE ROTEN
DIE POLACKEN DIE GASTARBEITER
die Lebenden und die Toten
nur immer weiter.....*

Erich Fried

Alexander Goeb
Er war 16, als er hängte
das kurze Leben des Widerstands-
kämpfers Bartholomäus Schink
aus der Reihe rororo Nr.4768, Preis 5,80 DM

"Aussonderung verückt und behindert"

Ein neues Buch - und ein wichtiges für unsere Leser!

Unter diesem (oder einem ähnlichen) Titel erscheint im September im SPAK-Verlag, München die Dokumentation der Tagung:

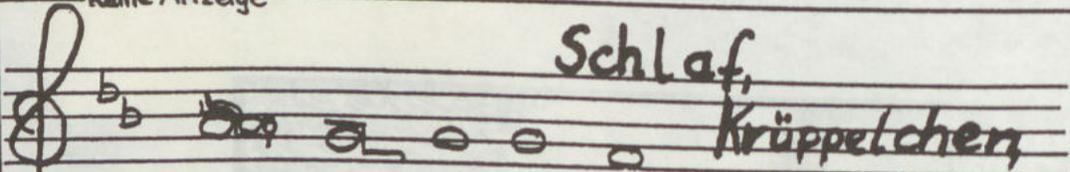
"Gemeindenaher psychosoziale Versorgung, ein Erfahrungsaustausch mit der Demokratischen Psychiatrie und Behindertenarbeit in Italien".

Der dokumentarische Teil, der u.a. das Protokoll eines Gesprächs in Rappertshofen enthält, wurde ergänzt durch grundsätzliche Beiträge von A. Pirella, Franco Ongaro-Basaglia und Ota di Leonardis (Dietrich Lange) und Einschätzungen der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik am Beispiel der Reformpsychiatrie und des Sonderschulwesens.



Wer das Buch zum ermäßigten Preis von 15 Mark haben will (amtlich! Subskriptionspreis) muß es bis 30.9.82 beim Ghattoknacker, Nauklerst.20, 74 Tübingen bestellen!

keine Anzeige



So heißt der Titel einer Schallplatte, die ganz neu auf dem Markt (bei Ariola) ist. Michael Lau und Jürgen Hobrecht (bekannt durch das Buch: Du kannst mir nicht in die Augen sehen) sind die Produzenten. Ihre Musik erinnert an die Lieder von F.J. De-genhardt, jedoch mit anderen Inhalten:

...und schon'ne hübsche Türkin, die ihre Augen nach mir stellt, und ich vergesse meine Welt, ich blick zurück und lächle smart, denn so mein Lächeln comms from heart, sie wird verlegen, plötzlich starr und ich steh' da wie ein Supernarr.

(aus Spastic-Song)

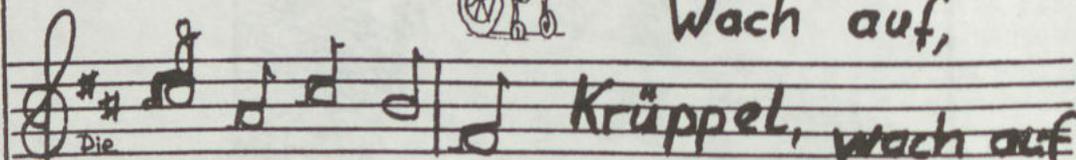
...Danke für eure Sonderstätten danke für euer vieles Geld danke daß ihr uns gut versteckt wie schön ist doch die Welt.

(aus Danke)



....In München steht ein Spasti-Haus-1,2, gsuffa für Spastiker alle ein arger Graus-1,2,.. mit freiem Willen geht niemand hinein 1,2, von früh bis spät wird der Mensch ver-waltet,

und widernatürlich umgestaltet und wer mal drin ist, der kommt nicht mehr raus, so schön ist Professor Göb's Haus. (aus in München steht....)



Platte gibt's für 16 Mark bei: rollirecords Brüneckheide 119 in 44 Münster

Behinderte Kinder

Sind so kleine Hände
an der Schulter dran.
Haben nur zwei Finger
mit denen es greifen kann.

Sind so krumme Füße
mit nur sieben Zehn.
Auch wenn dreie fehlen
könn sie trotzdem stehn.

Sind so taube Ohren
hören leider nicht.
Mußt die Lippen bewegen
dann versteht es dich.

Sind verkrampte Münder
kriegen kaum was raus.
Mußt die Zeit dir nehmen
sonst ist's mit euch bald aus.

Sind so trübe Augen
blind, die gar nichts sehn.
Trotzdem aber sicher
durch ihr Leben gehn.

Sind so kleine Seelen
offen und ganz frei.
Solang wir sie nicht quälen
mit unserer Anpasserei.

Ist son kleines Rückgrat
krumm und tief gebeugt.
Sollst du akzeptieren
denn du hast's gezeugt.

Humaner denkende Menschen
wären ein schönes Ziel.
Angepaßte "Normies"
haben wir eh zuviel.

Heino Ehlers

